

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zerlagspreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rübstraße 18 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr  
für die sechs gespaltene Kolonnenzeile 5 Mark.  
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

### Internationale Schleichwege des Kapitals

Das Kapital hat noch nie an angepinakelten Grenzpfählen Halt gemacht, seine Heimat war stets die ganze Welt. Die Neigung des deutschen Kapitals, sich in internationale Kanäle zu verfrachten, nimmt in letzter Zeit geradezu beschämende Formen an. Die Gründe sind bekannt und liegen in dem Bestreben, sich den Wirkungen der deutschen Valuta und dem Zugriff des Steuerzolls zu entziehen. Die Sanktionspolitik der Entente tat ein übriges, um dieses Bestreben in verstärktem Maße sich auswirken zu lassen. Es mehren sich in letzter Zeit die Fälle, wo deutsche Fabriken oder Exporteure dazu übergehen, im neutralen Ausland Zweigbetriebe oder Verkaufshäuser zu errichten. Dadurch macht man die Maßnahmen der Entente unwirksam, die bekanntlich dahin gehen, deutsche Industrieprodukte mit einem Reparationszoll bis zur Höhe von 50 Prozent zu belegen. Es liegt auf der Hand, daß die Gewinne dieser Zweigbetriebe oder Exporthäuser nicht nach Deutschland kommen, sondern in ausländischen Banken in Depot gegeben werden. Hierdurch werden nicht nur gewaltige Kapitalmassen dem deutschen Volkvermögen und damit der Versteuerung entzogen, sondern die Muttergesellschaften erhalten auch wertvolle Auslandsdividenen zu jederzeitiger Verwendung. Wenn früher das Kapital in Form von Dividenen und Banknoten sich ins Ausland flüchtete, so erleben wir jetzt eine Auswanderung desselben mit allem Drum und Dran, sogar der Produktionsbetriebe. Eine treffliche Illustration der Kapitalflucht ihrem verarmten Vaterlande gegenüber!

In dem jüngst der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Skandal der Maschinenfabrik Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation, monach diese Gesellschaft 90 Millionen Mark nicht buchmäßig ausgewiesen hatte, also zum Zwecke der Täuschung des Steuerzollens verschwinden ließ, war auch die Meldung interessant, daß sie mit einer halben Million holländischer Gulden (12 Millionen Mark) ein Ein- und Verkaufsbureau in Holland errichtet hat. Ähnlich dieser Manipulation sind auch andere Firmen vorgegangen.

In letzter Zeit gewinnt eine besondere Art der Verschlebung von volkswirtschaftlichen Werten und Kapitalien immer mehr an Ausdehnung: die Errichtung einer Holding-Company (Spitzen-, Kontroll- und Verteilungsgesellschaft) im neutralen Auslande. Hugo Stinnes, der diese Aktiengesellschafts-Organisation in seiner Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union so vollendet zustande brachte, hat jetzt in der Schweiz eine Holdinggesellschaft mit dem Namen Promontana A.G. mit dem Sitz in Zug (Schweiz) mit einem vorläufigen Aktienkapital von 500 000 schw. Franken ins Leben gerufen, in die er seine gesamten österreichischen, schweizerischen und deutsch-italienischen Besitzungen einbringt. Die Bedeutung dieser Holdinggesellschaft ist nicht gering anzuschlagen, zumal die gewaltige Beteiligung an der Alpine Montangesellschaft hierin einbezogen ist. Die Art der Organisation der Stinnes'schen Besitzungen und Beteiligungen wird immer unübersichtlicher. Man bedenke: die Alpine wurde für die Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union angekauft, sie müßte mithin auch von ihr kontrolliert werden. Nun werden alle die verschiedenenartigen Interessengebiete von Stinnes in Österreich, Italien und der Schweiz noch einmal in einer trustähnlichen Organisation außerhalb Deutschlands zusammengefaßt. Die Besitztümer der Promontana sind in der Hauptsache Schweizer. Wer ist in Deutschland in der Lage, in diese Holding-Institute Einblick zu nehmen? Die Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen wurden doch von Stinnes in Werten bezahlt, die aus deutschem Volkvermögen kamen. Von den Stinnes'schen ausländischen Gewinnen oder Einkünften wird also das deutsche Volkvermögen nicht vermehrt, im Gegenteil besteht die Gefahr, daß ferner in noch größerem Maße deutsche Werte in diese Zweiggesellschaften abfließen. Aber die ausländische Betätigung von Stinnes wird nächstens an dieser Stelle noch ausführlich die Rede sein.

Nicht minder bedeutungsvoll war die am 1. April in der Schweiz ins Leben getretene Europäische Petroleum-Union. In dem 210 Millionen Schweizer Franken betragenden Aktienkapital dieses Trusts stecken gewaltige deutsche Werte, eingebracht von der Deutschen Erdöl-Akt.-Ges. Deutsche Braunkohlengruben, Britenfabriken, Ölschiefer- und Ölfreide-Bergwerke, chemische Fabriken, Petroleumraffinerien und die wertvollen Auslandsbeteiligungen der deutschen Erdöl-A.G. haben so ebenfalls den Weg über die Schweizer Grenze gefunden. Aber ein besonderes Beispiel internationaler Verschlingung und unübersichtlicher Verschachtelung der denkbar verschiedensten Gesellschaften bietet der Sichelkonzern, mit dem wir uns etwas näher beschäftigen wollen.

Die Firma Julius Sichel & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Mainz, gründete Mitte des vorigen Jahres die Aktiengesellschaft für Industriewerte in Luzern. Diese Gesellschaft war gedacht, wie die vielen andern des Konzerns, als ein Tochterunternehmen. Eine spätere Generalversammlung der Sichelgesellschaft beschloß, das Portefeuille des gesamten Konzerns der Luzerner Gesellschaft zu übergeben. Der jetzt bekannt gegebene sieben Monate umfassende Geschäftsbericht der Luzerner Gesellschaft bestätigt in vollem Umfang, daß diese Gesellschaft als Holding-Institut des ganzen Konzerns ausgebaut wurde. Danach scheint der Sitz des Sichelkonzerns noch formell in Mainz, das finanzielle und kommerzielle Schwergewicht desselben aber in der Schweiz zu liegen. Der Gesamtwert der Spitzengesellschaft beträgt nach dem Geschäftsbericht 12,41 Mill. schw. Fr. (jetziger Markwert 140 Mill. Mk.). Daß in diesen Zahlen auch nur annähernd der tatsächliche Wert der über 50 zum Konzern gehörigen Firmen ausgedrückt sein kann, ist natürlich ausgeschlossen. Um eine kleine Übersicht über den Umfang und

die Bedeutung des Konzerns Julius Sichel & Co. zu geben bringen wir nachstehende Zusammenstellung.

Vom Sichelkonzern werden folgende Gesellschaften kontrolliert: Aktiengesellschaft für Industriewerte, Luzern; Rollmaterial- und Baumaschinen, A.-G. Rubag, Zürich; Emile Pebé, Hüttenprodukte, A.-G., Basel (Vertretung der belgischen Dugrée-Marhaye in der Schweiz); Sociétés d'Electrochimie d'Arax, Schweiz; Elektrowerke Reichenbach, Meiringen, Schweiz; Stanserhornbahn, Stans, Schweiz; Mines de Chandelaine, Sitten, Schweiz; Kohlenkonzessionen in den Gemeinden Neudaz und Aprez, vereinigt in der Soc. An. des Mines d'Anthracite, Schweiz; Comptoir des Fers et Métaux S. A. Luxemburg; Quincailleterie d'Esch, S. A. anc. Maison Julius Sichel & Co., Esch, Luxemburg; Sociétés d'Industrie Marhaye, Belgien; Sichel & Co., Kom.-G. a. L., Mainz; J. Sichel & Co., G. m. b. H., Duisburg; S. Weil, G. m. b. H., Lahr (Baden), München und Stuttgart; Metallchemie, Düsseldorf; Chemische Fabriken in Worms und Frankfurt a. M.; Akt.-Ges. für Verzinkerei und Eisenkonstruktionen, vormals F. Hilger, Rheinbrohl; Jakob Ziegler, Köln; Johannesfelder Hütte Arno Loos, Erfurt; Süddeutsche Werke mit Malanowwerk, Freiburg i. B.; Möbel- und Waggonfabrik Gebr. Schöndorff, Düsseldorf; Kaltwalzwerk, A.-G., Billingen; Braunkohlengewerkschaft und Bricketfabrik Maria Gluck, Wehl (Bez. Köln); Braunkohlengewerkschaft, Düren (Bez. Köln); Oligewerkschaften Sionie und Prexerpina in der Eiseburger Heide; Mittel-europäische Bergbau- und Industrie-Gesellschaft (Wegwerke), Peine; Hannoverische Tiefbau G. m. b. H. (Hatega). Um den geldlichen Bedürfnissen des Konzerns zu genügen und dessen finanziellen Aufbau starrer zu gestalten, hat die Sichelgesellschaft die Aktienmehrheit der Deutschen Palästina-Bank, Berlin, erworben, den Namen in Westbank A.-G. umgeändert und deren Sitz nach Frankfurt a. M. verlegt. Im Portefeuille der Luzerner Gesellschaft befinden sich noch deutsche Valuta-Kalk-Obligationen und wer weiß, was sonst noch in dem Konto Effekten und Beteiligungen steckt.

Die Produktionsparten des Sichelkonzerns sind fast unüberschaubar, sie dürften nach den Bekanntmachungen umfassen: Kohlenbergwerke mit Nebenbetrieben, Bricketfabrikation usw., Ölbergwerke, Hüttenwerke, Walzwerke, Maschinenfabriken und Eisenkonstruktionen in den verschiedensten Variationen, Waggonbau, Möbel- und Tiefbau, chemische Fabriken, Ölverarbeitungs- und Verfeinerungsbetriebe, Bahnen, Elektrochemie und Elektrizitätswerke, Banken und wer weiß, was sonst noch. Nicht gering zu veranschlagen dürfte aber wohl der Handel sein, der mit all diesen Produkten getrieben wird. Ist doch die Zahl der in obiger Aufstellung sich befindenden Handelsfirmen ziemlich umfangreich, wie die Firma Sichel überhaupt ursprünglich weniger eine Produktions-, sondern mehr eine Handelsgesellschaft war. Im übrigen ist der Geschäftsbericht der Luzerner Gesellschaft so unklar wie nur möglich gehalten. Ein Geschäftsbericht, der mehr oder weniger für mehr als 50 Firmen gilt, die in ganz Mitteleuropa verstreut liegen, müßte, der Bedeutung gemäß, so umfassend wie möglich erfaßt werden. Denn schließlich hat doch die europäische Öffentlichkeit und namentlich die deutsche ein eminentes Interesse daran, zu erfahren, wie und wohn in die Produktionswerte verschoben werden. Oder hat man die Öffentlichkeit zu scheuen? Der Bericht der Luzerner Gesellschaft gibt den Gesamtwert der Bilanz mit 12,41 Millionen Schweizerfranken (jetziger Markwert etwa 140 Millionen) an. Daß diese Zahlen auch nur annähernd dem Wert der gewaltigen Unternehmungen entsprechen sollen, ist natürlich nicht anzunehmen. Das Kapital der Luzerner Gesellschaft soll nächstens auf 30 Millionen Schweizerfranken zum Zwecke weiterer Ungliederungen gebracht werden. Demnach scheint also das Expansionsbedürfnis der Sichelgesellschaft noch lange nicht befriedigt zu sein.

Die Gesellschaft Julius Sichel hatte Anfang 1920 ein Aktienkapital von 4 Millionen und offene Reserven von 1,1 Millionen, Ende 1920 betrug dasselbe 50 bzw. 85,3 Millionen. Das Aktienkapital wurde also verzehnfacht, während die offenen Reserven (ohne die versteckten) sich fast um das Achzigfache steigern konnten. Ein übersichtlicher Bericht, der sich über den gesamten Konzern erstreckte, würde wahrscheinlich überraschende Ergebnisse zeitigen. Mit Recht konnte die Sichelgesellschaft vor einiger Zeit bekanntgeben, daß Rohstoff- und Geldmangel für die Gesellschaft nicht vorhanden sind. Man sieht, im Reich der Sichel fühlen sich nicht nur der russische Volkswirtschaft, sondern auch die Aktionäre der Sichelgesellschaft wohl.

Als deutsche Arbeiter und Staatsbürger müssen wir mit Grauen beobachten, wie das Kapital und die volkswirtschaftlichen Werte, als letzte Substanz unserer Wirtschaftskörpers, auf allen nur denkbaren Wegen aus dem Lande geschafft werden. Noch nie war der Kapitalismus so intensiv auf internationaler Basis tätig als jetzt. Wann endlich werden wir dazu kommen, eine einige internationale Arbeiterschaft dem gegenüberstellen zu können? Notwendig ist, das kann gar nicht oft genug betont werden, daß die Gewerkschaften sich nicht mit diesen Einzelbeschäftigten und die Internationale der Gewerkschaften Einrichtungen schafft, die es vermögen, das internationale Kapital auf seinen dunklen Schleichwegen zu beobachten. Hoffentlich gelingt es dem diesjährigen Kongress des Internationalen Metallarbeiterbundes, neue Methoden der wirtschaftspolitischen Beobachtung der Weltproduktion und des geschlossenen Kampfes der Metallarbeiterinternationalen ausfindig zu machen.

### Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Eisenindustrie, ihre gegenwärtige Lage und wir

Von Herm. Weimann, Düsseldorf, stellvert. Vorsitzender des Eisenwirtschaftsbundes (Schluß.)

Für das übrige Deutschland fehlten die Rohstoffe, deren Beschaffung aus dem Auslande in Unbetracht unserer schlechten Valuta große Schwierigkeiten bereitete. So kostete zum Beispiel eine Tonne 60prozentiges Schwedenerz im Frieden frei-Industriegebiet etwa 35 M., gegenüber etwa 550 M. gegenwärtig. Beim Bezug von Lothringischer Minette zeigt sich daselbe Bild, wenn auch nach dem unterschiedlichen schlechter stehenden Kurs des französischen Franc nicht in dem Maße. Das gleiche gilt bei dem Bezug von Erzen aus Spanien. Erschwerend tritt noch in die Erscheinung, daß auch die Frachten, weil Deutschland keine Schiffe mehr hat, in ausländischen Wägen gegahlt werden müssen. Auch die große Menge der an die Entente abzuliefernden Reparationsstoffe verursachte eine Einschränkung der Erzeugung. Für das Ausfuhrgeschäft wirkte jedoch der Stand unserer Valuta erleichternd. Er ermöglichte es der deutschen Industrie, bei hohem Gewinn zu viel günstigeren Bedingungen als das konkurrierende Ausland die Waren auf dem Weltmarkt abzugeben, so daß eine förmliche Jagd nach deutscher Ware im Uslarb entstand.

Die in den letzten Jahren in Deutschland in die Erscheinung getretene Prosperitätsperiode bestand daher nur scheinbar und mühte mit einem trodenen und einem nassen Auge betrachtet werden. Sie endete mit dem Augenblick, wo der Wert der deutschen Mark stieg und sich die Bezahlung in deutscher Mark nicht mehr lohnte. Dieser Zustand ist seit einigen Monaten zur Wirklichkeit geworden, was zur Folge hat, daß auch die Krise, die in den anderen eisenerzeugenden Ländern und namentlich solchen mit überwertigen Valuten schon seit Kriegsende besteht, sich mit tiefer Gewalt auf das deutsche Wirtschaftsstellen stürzt. Die seit Kriegsende bestehende Weltkrise hat Form und Umfang angenommen, wie wir sie wohl noch nicht gekannt haben. Dabei würde bei normalen Verhältnissen allein die Eisenbahn, die auf der ganzen Erde eine Länge von 1 100 000 Kilometer aufweist zu ihrer Unterhaltung eine Stahlerzeugung von 15 Millionen Tonnen verlangen, unter der Voraussetzung, daß die Gleise alle 10 Jahre erneuert würden. Unberücksichtigt sind in diesen Zahlen die für Anlagen benötigten Mengen, die allein für Brasilien 16 Millionen Tonnen betragen.

Es hat den Anschein, als leiden wir an Warenüberschuß. Der Umstand ist nur der, daß die Völker durch die ungeheure Verdünnung von Werten nicht mehr lauffähig genug sind, um Erneuerungen und Neuanlagen auszuführen zu lassen. Für die deutsche Volkswirtschaft wirkt dies besonders unangenehm, denn erstens muß Deutschland nicht nur exportieren, um Rohstoffe und Nahrungsmittel einzuführen, sondern die geldliche Bewertung der Exportmenge gegenüber der Importmenge muß um soviel höher sein, als Deutschland an finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Entente zu leisten und für seinen inneren Wiederaufbau notwendig hat. Würde die beim Niederschreiben dieser Zeilen noch in Frage stehende Abwertung des oberdeutschen Industriegebietes oder eines Teiles desselben, d. h. eines weiteren Überschussgebietes perfekt werden, so würde die Lage sich um so mehr verschlimmern.

Au diesen Erschwerungen in der Ausfuhr treten des weiteren noch die Sanktionen der Entente. Nach alledem, was bisher von der Entente unternommen wurde, zu urteilen, scheint ihr Vorhaben nicht in erster Linie zu bezwecken, Geld aus Deutschland zu holen, sondern die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu beseitigen, wobei man selbstverständlich versucht, nach Möglichkeit beides miteinander zu verbinden. Die französische, belgische und englische Industrie leidet schon länger an Absatzmangel als die deutsche. Auch hier sind die Lager überfüllt und auf dem Weltmarkt macht sich ein Überangebot von Waren bemerkbar. Frankreich, das mit Hilfe der billigen deutschen Reparationsstoffe in der Lage ist, besonders billig zu produzieren, steht hier am günstigsten. Welchen Umfang die Krise in den europäischen Ländern angenommen hat, geht daraus hervor, daß Anfang März 1921

in Frankreich . . .	von 148 vorhandenen Hochöfen nur 67 unter Feuer
• Luxemburg . . .	58
• Belgien . . .	49
• England-Nordküste .	116

waren. Auch in Deutschland dürften höchstens zwei Drittel der vorhandenen Hochöfen unter Feuer sein. Wir sehen also trotz großer Betriebs Einschränkungen keine Abnahmefähigkeit der Produkte der noch im Betrieb befindlichen Betriebe. So wie die Verhältnisse beim Rohisen liegen, liegen sie auch hier beim Stahl- und Walzwerk. Unter diesen äußerlichen Einwirkungen hat sich seit einigen Monaten ein förmlicher Preissturz auf dem Eisenmarkt vollzogen. Stabeisen, das noch am 1. Februar ausschließlich Qualitäts- und Dimensionsüberpreise 2440 M. pro Tonne kostete, wird heute bereits zu 2000 M. gehandelt, einschließlich aller Überpreise. Für andere Erzeugnisse betrug der Preisrückgang noch mehr, was aus folgender Aufstellung hervorgeht:

der Preis für Stabeisen . . .	ermäßigte sich um 440 M. pr. T.
• Formeisen . . .	840
• Grobbleche 5 mm u. mehr . . .	400
• Schiffsbaumaterial . . .	250
• Mittelbleche 3-5 mm . . .	670
• Feinbleche 1-3 mm . . .	775
• unter 1 mm . . .	650
• Walzdraht . . .	750

unter dem offiziellen Höchstpreis. So wie die Preise auf dem Weltmarkt, liegen dieselben auch im Inlande, da die ausländische Konkurrenz auch hier die Preise herunterdrückt. Hierbei muß beachtet werden, daß nach dem Friedensvertrage Deutschland verpflichtet ist, alle Erzeugnisse des ehemaligen Deutschen Reiches zollfrei einzuführen.

Trotz dieser gewaltigen Preisfrennung ist eine Abschließung vorhanden wie nie zuvor. Die Lagerbestände wachsen ins Riesenhafte, was auch zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß der Verbrauch in Erwartung noch günstigerer Preise sich nur mit dem Allernotwendigsten einbeißt, im Gegensatz zu den Gepflogenheiten bei einer aufwärtsgehenden Preisstürze, wo der Verbraucher in banger Erwartung neuer Preisrückgehungen möglichst viel Material zu alten Preisen auf Lager kauft. Das Wirtschaftsgesetz von Angebot und Nachfrage drückt also gegenwärtig die Preise gewaltig nach unten, aus welchem Grunde auch der Eisenwirtschaftsbund die Höchstpreise, weil sie gegenwärtig eine praktische Bedeutung nicht haben, zeitweilig außer Kraft gesetzt hat.

Wer wollte aber auch diese Preisentwicklung nicht freudig begrüßen? Ihr Einfluß auf die Weiterverarbeitungsindustrie wird nicht ausbleiben. Auch hier wird die Preisentwicklung folgen müssen, sobald die Materialien, die noch zu teuren Preisen eingekauft sind, aufgebraucht sind. Man wird einwenden, daß namentlich die Weiterverarbeitungsindustrie diese Preisentwicklung zu ihren Gunsten ausnützen wird, indem sie trotz ihrer Materialien billiger einkauft, aber ihre Fertigerzeugnisse zu alten Preisen weiterverkauft. Dem muß entgegengehalten werden, daß auch in dieser Industrie durch die große Konkurrenz und den Mangel an Aufträgen bzw. Mangel an Absatzmöglichkeit infolge des Überangebots an Waren die Preise nach unten gedrückt werden. Bis sich das bis zum letzten Endprodukt ausgewirkt hat, wird allerdings immer noch eine Weile vergehen, es dauert dies um so länger, je mehr Fabrikationsstadien ein Gegenstand bis zu seiner Fertigstellung durchzumachen hat.

Zu den natürlichen Absatzmöglichkeiten treten noch die unnatürlichen, die in den Maßnahmen der Entente, den Sanktionen, zum Ausdruck kommen. Hierdurch wird die Exportmöglichkeit der Industrie auf ein geringes Maß herabgemindert. In den letzten beiden Jahren wurden bereits wieder große Warenmengen nach den ehemals feindlichen Ländern abgesetzt, was für die Zukunft unmöglich sein wird. Die geplante, bis 50 Prozent sich erstreckende Ausfuhrabgabe würde auch jedes andere Geschäft mit den neutralen Ländern, wenn nicht ganz unmöglich machen, so aber doch auf das Allernotwendigste beschränken. Auch der Verkehr innerhalb Deutschlands aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet und umgekehrt wird sich ungeheuer erschweren und die Gestehungskosten verteuern, d. h. die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen. Soweit sich die Versorgung der Weiterverarbeitungsindustrie ohne Überschreitung der Zollgrenze ermöglichen läßt, muß dies durchgesehen werden. Je weiter jedoch das rheinisch-westfälische Industriegebiet besetzt wird, um so mehr schwindet diese Möglichkeit. Rechnen wir an, das Gebiet würde bis Hamm besetzt werden, so würde für das unbesetzte Deutschland noch eine Eisen- und Stahlproduktion von 5 Prozent der Gesamtzeugung übrig bleiben, während die Weiterverarbeitungsindustrie in dem unbesetzten Teil 55 Prozent der Gesamtzeugung benötigt.

Ich erwähnte schon anfangs, daß die Schwerindustrie den Schlüssel zur Beurteilung der wirtschaftlichen Gesamtlage bildet. Gut die Schwerindustrie keine Absatzmöglichkeit, fehlt es der Weiterverarbeitungsindustrie an Aufträgen, die sich aus der Landwirtschaft, der Textil-, Holzbearbeitungsindustrie u. dergl. ergeben.

Ich möchte jedoch nicht verstehen, zu erklären, daß alle die angeführten Zahlen und Fragen kein Nagelbild für unsere Zustände bedeuten soll, sondern die Feststellung unüberwindlicher Tatsachen, mit denen wir für die Folge zu rechnen haben werden. Die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden, werden zwischen uns und den Unternehmern zweifellos weit auseinandergehen.

Ich habe versucht, den Kollegen durch zahlenmäßige Unterlagen ein grobunstriches Bild von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Schwerindustrie zu geben. An Hand des dargebotenen Materials soll aber auch bewiesen werden, von welcher ungeheurer Bedeutung der Verlust großer Industrie- und Rohstoffgebiete, wie Elbaf-Rohrungen, das Saarrevier und Oberschlesien ist. Wenn auf der einen Seite feststeht, daß in allen Staaten, in denen Rohstoffe in ausreichendem Maße vorhanden sind, keine Absatzmöglichkeit für ihre Industrieprodukte vorhanden ist, weil die Preise dem zahlungsschwächeren Käufer zu hoch sind, dann dürfte uns erst klar werden, um wieviel schwerer die Lage in der deutschen Industrie ist, die zu ihrer Betätigung auf die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Ausland angewiesen ist. Zwar werden mit dem Steigen unserer Valuta die Preise für ausländische Rohstoffe herabgemindert, so daß sich auch der Geschehungspreis der Erzeugnisse vermindert. Es ist aber fraglich, ob die Verminderung der Unkosten die Steigerung der Rendite ausgleicht, da die Rohstoffe immer noch einen Teil der Unkosten ausmachen.

Man wird versuchen, die ganze Last der wirtschaftlichen Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Hiergegen muß sie sich mit allen Mitteln wehren. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands darf auch in einem proletarisch-sozialistischen Staatswesen nicht auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen, d. h. der großen Masse geschehen, sondern muß getragen werden von den wirtschaftlich Stärkeren. Ein Preisabbau für die Erzeugnisse eines Industriesektors hat noch lange keine Besserung in der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zur Folge und darf nicht durch einen Preisabbau ausgeglichen werden. Die Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ist nicht dazu angetan, Gewinn zu erzielen, sondern Opfer zu bringen. Die deutsche Arbeiterklasse bringt deren demnach, indem sie ständig mit Verlust arbeitet, was ganz besonders in den letzten Jahren der Fall war. Dieser Verlust deutet sich darin aus, daß die zum Lebensunterhalt notwendigen Lebensmittel, Kleider und Bedarfsgegenstände nicht in genügender Menge beschafft werden können. Die Industrie und namentlich die Erzeugerindustrie ist eine gewisse Zeit in der Lage, mit Verlust zu arbeiten. Die Überflüssigkeit der letzten Jahre mußten erst verfließen angezehrt werden. Nicht nur soweit sie in Form von Dividenden ausgeschüttet wurden, sondern auch die Aktien und restlichen Abschreibungen, die sich namentlich auf die Hände von Kapitalmaterialien beziehen. Während man in Friedenszeiten durchschnittlich einen Ertrag von zwei bis drei Monaten auf Lager hatte, reicht dieser Lagerbestand heute 1/4 Jahr bis ein Jahr. So angelegene Erzeugnisse, wie man heute bei den großen Güttmännern findet, sah man noch nie. Durch die Verschüttung dieses Lagerbestandes, der nur zu dem noch veräußerten Teil angezehrt werden darf, würden sich die Geschehungspreise ganz ungeheuer vermindern. Man wäre in der Lage, hierdurch die Preispanne zu überwinden, die sich zwischen Preisabbau und Verbesserung der Lebenshaltung ergibt.

Der Friedensvertrag und die Sanktionen sowie die verdrängende Arbeit werden die Arbeiterklasse für die Zukunft noch mehrmal vor schwere Aufgaben stellen, zu deren Lösung unbedingt volkswirtschaftliche Maßnahmen

gehören. Hier zeigt sich für die Gewerkschaften das Gegenteil von dem, was sich für die politischen Parteien ergibt. Auf der einen Seite die Verküpfung schöner Theorien, jedoch ohne praktische Erfahrung, dabei die Verneinung der Gegenwartsarbeit. Auf der anderen Seite praktische Betätigung in jeder Situation auch dann, wenn die brandenden Wogen der Gegenwart unter Schiff wieder ans Ufer zurücktreiben. Wer jedoch Theorien verkündet, muß auch die Praxis ihrer Durchführbarkeit geprüft haben, die er nur durch tatkräftige Gegenwartsarbeit erproben kann. Eine Theorie ohne Praxis ist wie ein Ei ohne Schale, das beim Anstoßen ausläuft und in ein Nichts zerfällt. Wir sollen kein Prinzip verfolgen des Prinzips wegen, sondern wegen seiner wirtschaftlichen Notwendigkeit und seiner ökonomischen Entwicklung. Diese Notwendigkeit zu beurteilen, sind wir nur in der Lage, wenn wir die ganzen Fäden der Volkswirtschaft erfasst haben und ihren Zusammenhang kennen. Mit Schlagworten läßt sich keine Gegenwart beschreiben und keine Zukunft aufbauen, das sollen sich endlich einmal diejenigen merken, die zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit große Löhne aufschlagen, die aber nicht in der Lage sind, ihre Selbstbejahung zu begründen. Wollen wir die Umgestaltung des Wirtschaftens als eine wirtschaftliche Notwendigkeit, dann ist es notwendig, mit Erregungen, die sich jetzt einstellen, zu rechnen und aus ihnen zu lernen. Wir werden uns daher für die Zukunft mehr als bisher mit wirtschaftlichen statt mit agitatorischen Fragen zu beschäftigen haben. Ein eindringliches Studium wirtschaftlicher Fragen ist uns geboten durch unsere Beteiligung in den Wirtschaftspräsidien, wie Reichswirtschaftsrat, Eisenwirtschaftsbund, Metallwirtschaftsbund usw. Hier kann ein Arbeiter aus einer Sitzung mehr an Wissen mit nach Hause nehmen, als was er in seinem ganzen Leben durch Studium einer Theorie zu erlernen können. Die kommende Zeit, wo unser Wirtschaftsleben von allen natürlichen und unnatürlichen Einflüssen umludert ist, wird diese Parlamente vor manche schwere und ernste Frage stellen, an deren Lösung wir uns beteiligen müssen, um zu verhindern, daß dieselbe auf Kosten der Arbeiterklasse geschieht. Die Wichtigkeit des Mitbestimmungsrechts bei all diesen Fragen läßt mich daher die Prüfung der einen Frage, auf welchen Grundsatze diese Körper geschaffen aufgebaut sind, so lange nebenbei erscheinen, bis eine andere bessere Einrichtung an ihre Stelle gesetzt ist. Wir würden uns nicht nur eines Mitbestimmungsrechtes, sondern auch einer Gelegenheit zur Ausbildung begeben, wenn wir hier Kleinliche Rücksichten wägen lassen.

Wären wir uns daher, den Kollegen ein in nächster Nähe liegendes Paradies zu verkünden, bei dessen Verleihen sie bitter enttäuscht sind, wie uns das russische Beispiel zeigt; sondern versuchen wir, sie auf die tatkräftige Gegenwartsarbeit hinzuweisen, um sie für die Erleichterung ihrer gegenwärtigen Lage zu gewinnen, dabei stets das große Ziel des Sozialismus im Auge haltend. Die Umgestaltung des Wirtschaftslebens erfordert eine zähe, ausgeklärte, von Idealismus besetzte Arbeiterschaft. Nicht durch Egoismus und Materialismus noch einmal die Hoffnungen des Proletariats zerstören, sondern ihr wahrer Idealismus, gepaart mit Sachkenntnis, muß ihm den Platz in der Geschichte sichern, der ihm gebührt.

### Der Stuttgarter Verbandstag und der Vorstand des D. M. V.

Von Rob. Dikmann.

VI.

Mit den Christlichen und Hirsch-Dumderjischen Ideen als ein Schutz- und Trutzbündnis" abgeschlossen haben. Dikmann und Leiser Arm in Arm mit diesen. Es veränderte sich kürzlich Roschers Kurzsichtigkeit. Doch uns treffen solche lächerlichen Schwägerinnen nicht. Ihre „prominenten Persönlichkeiten“, die diese Behauptungen auf der Reichskonferenz der Metallarbeiter“ der R.P.D. und anderwärts aufstellten, wissen dabei sehr genau, daß gerade wir es waren, die sich im vorigen Jahre — wie heute! — bei den großen Auseinandersetzungen um die Zusammenfassung der Betriebsräte gegen die utopischste Sammlungsparole gewandt haben, die dahin ging, in selbständigen Betriebsräteorganisationen die freien Gewerkschaften mit Christlichen, Hirsch-, Unionisten, Unorganisierten usw. zu vereinen. Dies hundertjährige Gebilde sollte damals nach den Ideen derselben Personen, die uns heute nämlich der Brüderlichkeit mit den Christlichen und Hirschigen beizugehen, die „christliche revolutionäre Aktion“ heißen. Unsere „Anführer“ von heute sollten doch nicht allzu sehr auf ein kurzes Gedächtnis gegenüber ihrer vorjährigen Stellung spekulieren.

Unsere Stellung gegenüber den Christlichen und Hirsch-Dumderjischen Gewerkschaften ist eine gegebene. Sind bei Tarifverhandlungen, Lohnbewegungen, Streiks usw. Mitglieder dieser Organisationen in größerer Zahl beteiligt und stellen sie sich im jeweiligen Falle mit uns auf den Boden gemeinsamer sachlicher Forderungen, müssen wir mit ihnen rechnen, so ist es unsere Aufgabe, jene Organisationen im Kampf gegen das Unternehmertum mit uns in gleicher Linie zu halten. Die schwer das oftmals hält und welche trübe Erfahrungen wir dabei oftmals zum Schaden der beteiligten Arbeiter machen müssen, ist nur zu bekannt. Wenn die Christlichen und Hirschigen bei Tarifabschlüssen alle Mitbestimmungen aufstellen, so oftmals dort, wo sie nur mit ein paar Mitgliedern in Frage kommen, sich zurückzuziehen versuchen, so täuscht uns dies keineswegs über den wahren Charakter jener Organisationen hinweg.

Lange Jahrzehnte predigten die Hirsch-Dumderjischen Gewerkschaften die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die christlichen Gewerkschaften wanden in den 90er Jahren im Kampf gegen die freien Gewerkschaften gegründet und beteiligten sich in dieser Eigenschaft bis heute. Jede Organisationsgebilde lehnen dem proletarischen Klassenkampf ab, sind Anhängel der bürgerlich-kapitalistischen Parteien und werden von letzteren als Schutzwall gegen die proletarischen Klassen, die

in der Vermittlung des Sozialismus eine Bestreitung aus ihrem Glanz sehen, betrachtet und benutzt.

Wir haben also alle Ursache, jenen Arbeiterkreisen, die sich heute noch im Lager der Christlichen oder Hirschigen befinden, den wahren Charakter jener Organisationsgebilde zu enthüllen, sie sachlich aufzuklären über unsere Ideen, unsere Grundanschauungen und Bestrebungen und sie für unsere Organisationen zu gewinnen. Der revolutionäre Weltanschauung nach den Novembertagen 1918 brachte den freien Gewerkschaften einen ungeheuren Zustrom neuer Mitglieder. Millionen mußten in kurzer Frist in unsere Reihen eingegliedert werden. Eine der vornehmsten Aufgaben der freien Gewerkschaften mußte es sein, die neugeborenen Mitglieder in den Organisationen zu festigen. Dazu gehörte in Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben eine systematische und gründliche Aufklärungsarbeit. Das dabei versucht werden mußte, die Arbeiter in ihrem Emanzipationskampfe vorwärts zu bringen, ist selbstverständlich. Das gleiche gilt von einer gesunden, vorwärtsstrebenden Kritik. Werden grundsätzliche Auseinandersetzungen, stets das Gemeinwohl voranstellend, in sachlicher Auseinandersetzung gelöst, so wird es für die Organisation kein Schaden sein, sondern zur inneren Festigung beitragen. Doch was haben wir im letzten Jahre erleben müssen? Hatten dieser Streit, diese „Aktionen“ und wechselnden Tagesparolen usw. noch etwas mit sachlichen, grundsätzlichen Auseinandersetzungen zu tun? Leider nicht. Und so mußten sich diese Dinge zum Schaden unserer Organisation auswirken. Das fortgesetzte Wüste Beschimpfen und Herunterzerren der eigenen Organisation (die Bezeichnung „Selbst“ war zeitweilig der schwächste „Ehrentitel“, mit dem die Kollegen bedacht wurden!), der persönliche Kampf, das fortgesetzte Aufpuffen mit wechselnden Tagesparolen und die „Aktionen“ selbst waren eine zu starke Belastungsprobe für die Organisation. Und wenn dabei die Christlichen und Hirschigen profitierten, anstatt daß wir weiteres Terrain erobern hätten, dann ist dies in erster Linie Mißschick derjenigen, die uns sachlich der „Brüderlichkeit“ mit Christen und Hirschigen beizugehen.

VII.

Die Kämpfe des Proletariats sind nicht unabhängig von der jeweiligen Situation. Die wirtschaftlich-politischen Verhältnisse, Machtverhältnisse des Gegners u. a. müssen berücksichtigt werden. Nun kann es in kritischen Situationen natürlich immer wieder Meinungsverschiedenheiten geben über die Beurteilung der vorhandenen Sachlage und die zu ergreifenden Maßnahmen. Unbestritten aber dürfte bei jedem ernsthaften Beurteiler sein, daß die politische Situation im ersten Jahre nach den Revolutionstagen 1918 sehr wesentliche Unterschiede gegenüber den heutigen Verhältnissen aufweist. Und ebenso wenig kann der damalige Beschäftigungsgrad verglichen werden mit der schweren Wirtschaftskrise, die sich im letzten Jahre zur Weltkrise ausgewachsen hat. Und im Zusammenhang mit beiden sehen wir eine erhebliche Kräftigung unserer Gegner, der kapitalistischen Parteien, und ein Ersinken der Reaktion. Wenn uns die Kritiker „anlassen“, daß wir die von ihnen empfohlenen „revolutionären Aktionen“ sabotiert hätten, so müssen wir ihnen zunächst sagen, daß die wechselnden Tagesparolen und Ausschreitungen des letzten Jahres mit planvollen revolutionären Aktionen des Proletariats herzlich wenig zu tun haben. Neben vielem anderen begehen jene Kreise, die sich in diesen Übungen gefallen, den großen Fehler, daß sie die jeweiligen Verhältnisse völlig unberücksichtigt lassen, daß sie die von ihnen empfohlenen Kampfmethoden glauben schamlosartig und jederzeit anwenden zu können und daß sie schließlich sich selbst wie die von ihnen empfohlenen Tagesparolen für sehr revolutionär halten. Da können wir allerdings nicht mit, es sei denn, die Organisation müßte in kürzester Frist einem Krümmerschaufen gleich. Einen solchen Auftrag — das hätten wir auch dankend abgelehnt! — gab uns jedoch der Stuttgarter Verbandstag nicht.

Im Kampfen hat es dem D.M.V. seit der Stuttgarter Generalversammlung wahrlich nicht gefehlt. Das zeigt die Geschichte des Verbandes. Als wir im Oktober 1919 in Stuttgart zusammentraten, hatte sich der Berliner Metallarbeiterstreik bereits in vollem Umfange entwickelt. Nach neunwöchentlicher Dauer erfolgte sein Abschluß am 11. November 1919. Der gewaltige Streik hatte die Mittel der Verbandskasse erheblich in Anspruch genommen. Nichtsdestoweniger gab der Vorstand im Einverständnis mit dem engeren wie später mit dem erweiterten Beirat die Parole aus, auf der ganzen Linie vorzugehen, von der erheblichen Preissteigerung wichtiger Lebensmittel u. a. durch Lohnforderungen zu bezugen. Und fieberhaft, unter Ausnutzung aller Kräfte, haben dann unsere Kollegen im Lande im ersten Halbjahr 1920 gearbeitet. Was geschehen konnte, geschah. Wenn trotzdem der Reallohn sank, dann waren die Umstände jener Zeitentwicklung schuld, nicht die Organisation.

Mitte 1920 setzte jedoch die Krise ein, die insofern zur Weltkrise geworden und deren Ende nicht absehbar ist. Angriffe wechselten nun in der Folgezeit oftmals mit Abwehrbewegungen ab. Wir haben mit aller Zähigkeit und allem Nachdruck gekämpft bis zur Stunde. Das wird auch weiter geschehen. Und im allgemeinen haben sich unsere Kollegen im Lande in den vergangenen Kämpfen prächtig gehalten. Wo es sein mußte, kämpften sie lange Wochen und Monate, oftmals unter den härtesten Entbehrungen. Doch sie fanden stets im Kampf Mann für Mann. Ich nenne aus der Fülle langer, harter Kämpfe von größerem Umfange nur einige Orte, wie Elbing, Kiel, Hamburg, Braunschweig, Mühlhausen, Schwabhausen, Leipzig, Weiden, Schweinfurt, Weimar und das Ruhrgebiet. Eine Menge anderer Orte kommt hinzu. Man nenne aus dem Ort, wo nach den Bestimmungen des Statuts Kämpfe ausgefochten wurden und der Vorstand versagt, die Mittel zum Kampf verweigert, abgedreht hätte usw. Würde der Vorstand ein Wortwort treffen, dann sicherlich höchstens der, daß es gegenüber der Anwendung des Statuts bei ausgetragenen Kämpfen so nachdrücklich wie möglich verfahren wäre. Nicht ein Streik, der nach den statutarischen Bestimmungen eingeleitet wurde, ist wegen Versagen weiterer Geldmittel beendet worden. Diesen Gang der Kämpfe des letzten Jahres und das wackere Verhalten der Streikenden selbst einmal festzustellen, erscheint geboten. Wir sind es seit langen Monaten gewohnt, daß von einer bestimmten Presse und belanneten Gruppen bei

### Gewerbehygiene und Unfallverhütung

Von Dr. G. Wolff (Schluß)

IV.

Nach dieser Übersicht über die verschiedenen Arten der Gefährdung des Arbeiters im Gewerbeleben wollen wir uns nun noch der Hygiene des Betriebes selbst zuwenden und damit auch die letzte Gruppe von gewerblichen Gesundheitsgefährdungen berühren, die von der Art und den hygienischen Einrichtungen der Arbeitsstätte unmittelbar abhängen. Das sind die Betriebsunfälle, deren Ursachen und Entstehungsgeschichte man sich leicht vorstellen kann. Denn bei all diesen Lebensgefahrquellen sehen wir, daß sie nur zu dem noch veräußerten Teil angezehrt werden dürfen, während sich die Geschehungspreise ganz ungeheuer vermindern. Man wäre in der Lage, hierdurch die Preispanne zu überwinden, die sich zwischen Preisabbau und Verbesserung der Lebenshaltung ergibt.

noch besonders gefährdet sind. Die menschliche Hygiene hat den Arbeitgebern gezeigt, daß es mindestens ebensosehr in ihrem Interesse wie in dem der Arbeitnehmer liegt, alle durch unzulängliche Fabrikeinrichtungen verursachten Gesundheitsgefährdungen zu vermeiden, ganz abgesehen davon, daß es ein Gebot der Menschlichkeit ist, den Arbeitern auch in der Fabrik, in der Arbeitsstätte, in der sie einen großen Teil ihres Lebens verbringen, menschenwürdige Zustände in hygienischer Hinsicht zu verschaffen. Dazu gehört auch die Anlage von Wasser, gut belüfteter und leicht löslicher Aborte, die zwar in der Nähe der Arbeitsstätte liegen sollen, aber doch durch einen gut entworfenen Vorraum getrennt sind. Auf 20 Personen soll mindestens ein Abort kommen; ihre Reinigung muß ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen können. Die Anlagen müssen für Männer und Frauen getrennt sein.

Zur Fabrikhygiene gehört ferner die Beschaffung einwandfreien Trinkwassers, dessen Bedeutung nicht mehr besonders hervorzuheben zu werden braucht. Es entspricht einem normalen Bedürfnis des arbeitenden Menschen und dient vor allem dazu, den Alkohol aus der Arbeitsstätte zu entfernen. Der in der Fabrik benötigte Alkohol, der zugekauft werden muß, die hygienologische Verunreinigungsgefahr ist und zwar als außerhalb der Arbeit eines Alkoholmischens, darf nicht, kann es bestenfalls durch die Verjüngung mit einwandfreiem, einwandfreiem Trinkwasser oder anderen harmlosen Substanzen, die den Dampf lösen, ohne den Körper zu erhitzen, beseitigt werden. Für geeignete Befehle und Baderichtungen ist ebenfalls zu sorgen, damit der Arbeiter die Gelegenheit hat, sich jederzeit, vor allem nach Schluß der Arbeit, sorgsam zu reinigen. Das gilt für Stoffbetriebe eine unerlässliche Forderung ist, wurde schon eingangs besprochen. Natürlich läßt sich eine ausreichende Reinigungsgelegenheit nur herstellen, wenn fließendes Wasser vorhanden ist. Neben Wasserarmen müssen auch besondere Speisezimmer vorhanden sein, da es auch in Betrieben, die nicht mit eigentlich gesundheitsgefährlichen Stoffen arbeiten, nicht im Interesse ist, die Arbeiter in den Arbeitsräumen einzuschleppen. Von allen Dingen hat der Arbeiter eine gründliche Reinigung der Hände und des Gesichts voranzusetzen, um Krankheitser-

keime, die jederzeit im Zusammenleben erworben werden können, fernzuhalten. Das ist eigentlich eine selbstverständliche Pflicht der persönlichen Sauberkeit und Körperpflege, die aber leider im Berufsleben viel zu sehr vernachlässigt wird.

Zur Fabrikhygiene gehört schließlich auch die Arbeitskleidung. Besondere Arbeitskleider sind an sich stets zu empfehlen; sie sind unerlässlich für Stoffbetriebe, damit die verstaubten oder verunreinigten Stoffe nicht mit den Kleidern nach in die Wohnung der Familien geschleppt werden. Daß die Berufskleider nach Möglichkeit aus leicht waschbaren Stoffen herzustellen sind, braucht auch nicht erst begründet zu werden. Die Stoffknappheit hat leider auch hier zu sehr unerwünschten Einschränkungen geführt. Auf die sehr wichtigen Fragen der Arbeiterwohnungen und Ernährung soll hier nicht eingegangen werden; sie gehören nicht unmittelbar zur Fabrikhygiene, stellen aber an sich außerordentlich wichtige Gebiete der gewerblichen Gesundheitspflege dar, die namentlich mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu der so ungemein verbreiteten Tuberkulose höchste Beachtung verdienen.

Unmittelbar abhängig von dem Fabrikbetriebe und seinen hygienischen Einrichtungen sind die Betriebsunfälle, denen wir uns nun noch zuwenden wollen als einer außerordentlich wichtigen Gruppe von gewerblichen Gesundheitsgefährdungen. Die mannigfachen Unfälle haben Versicherungsgesellschaften vor den Gewerbetreibenden für den Arbeiter den großen Vorzug, ohne weiteres entschuldigungspflichtig zu sein. Die alte Verbrüderung oder die einmalige Vergiftung mit Kohlenoxyd unterliegt der Unfallversicherung, während der Arbeiter, der sich im Laufe seiner Arbeitsjahre eine chronische Bleibergiftung zuzieht, nicht entschuldigt wird. Hier liegt eine Lücke der Arbeiterversicherung vor, die heute von keinem Sachverständigen, keinem Hygieniker oder Sachmann länger geleugnet wird und tatsächlich dringend der Abhilfe bedarf, zumal in den meisten anderen Ländern die Gewerbetreibenden ebenso wie die Betriebsunfälle versicherungspflichtig sind. Es besteht kein Zweifel, daß auch bei uns in aller Kürze diese Lücke der sozialen Versicherung ausgefüllt werden wird, zumal sich die meisten Arbeitgeber sehr warm für die Einbeziehung der Gewerbetreibenden in die Versicherungspflicht eingestellt haben. Da

Jeden Kampf sowohl inmitten des Kampfes wie nach beendeten Kampf über uns herfallen wird. Uns trifft das nicht. Doch haben jene Arbeiterorgane wie Personen denn gar kein Gefühl dafür, wie sie durch die Vorgehen die Sache der Arbeiter schädigen?

Nun wird als besonderer Trumpf gegen uns ausgespielt: „Keine Revolution mehr, sondern Gesamtkraft auf breiterer Basis“. Streik im Einzelbetrieb, wird zunächst der örtliche Generalkrieg verlangt, ihm folgt der Generalkrieg für den Bezirk, dann fürs Reich. So geht's weiter, aber — man ist zu Ende mit dem Latein, falls das Massenstück nicht pünktig. Der einsichtige Gewerkschafter und geschulte revolutionäre Klassenkämpfer legt sich jedoch nicht auf eine bestimmte Schablone, Form und Ausdehnung des Kampfes fest, wonach in allen Fällen und in jeder Situation zu verfahren wäre. Wir sind zur Anwendung aller uns zur Verfügung stehenden Kampfmittel bereit, je nachdem die Situation dies gebietet, müssen es jedoch ablehnen, uns blindlings und fortgesetzt in Kämpfe hineintreiben zu lassen, deren Verantwortung wir ablehnen müssen.

Wollten wir das Kapitel wider Bewegungen, planloser Ausschreitungen und Streiks der letzten Jahre behandeln, so würde eine „schöne Sammlung“ herauskommen. Der Streit bei Vorjag und Lörde in Berlin, der Generalkrieg in Solingen oder Stuttgart, die Aktionen in Dörfelchen und auf dem Neumarkt wie unzählige andere „Aktionen“ reden eine deutliche Sprache. Die Organisation verliert dabei an Ansehen und Einfluß, die irregulierten Arbeiter bringen nutzlose Opfer und zahlen die Höhe, während die Drahtzieher ihre Hände in Unschuld reiben und die Gewerkschaftsführer des „Arbeiterparlaments“ u. a. begünstigen, weil sie den von unverantwortlicher Seite inszenierten Kampf nicht zu dem übrigen machen und es ablehnen, die Teilkämpfe zu „großen umfassenden Aktionen“ auszuweiten zu lassen. Was wenn ein verpöhlter, planloser Teilkampf dadurch besser wäre, wenn man eine Dummheit und Gewissenlosigkeit an die andere anreicht. Dafür sind wir allerdings nicht zu haben.

Erfordert es jedoch die Situation, muß der Kampf auf der ganzen Linie gemacht werden, dann wohl. Eine solche Situation war gegeben in den Tagen des Rapp-Buttsches 1920. Als an jenem Samstagvormittag (13. März) den Vorstand die Kunde von den Berliner Vorkämpfen erreichte, zauderte er keinen Augenblick, die gesamten Metallarbeiter zum Kampf aufzurufen. In jenem Vorstandsausschuß vom 13. März 1920 hieß es u. a.:

„Die Reaktion hat zur Gegenrevolution ausgeholt! Beim Niederschreiben dieser Zeilen laufen die ersten Meldungen bei uns ein. Die seitliche Regierung gestützt, die Nationalversammlung aufgelöst, die Reaktion in Berlin im Besitz der Regierungsgewalt usw., das sind die Nachrichten, die uns bis zur Stunde erreichen. ... Die Arbeiterklasse muß geschlossen auf dem Plan erscheinen, bereit zum Handeln, gewillt, alles einzusehen, um die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen zu machen. Nicht darum handelt es sich, einzelnen Personen oder Parteien ihre unsicheren Ministerposten zu erhalten, sondern die Interessen des gesamten werktätigen Volkes stehen auf dem Spiele. Konsequentes, entschlossenes Handeln muß der Arbeiterklasse den Aufstieg sichern.“

Eine sozialistische Republik! Das ist unser Ziel, das muß die Lösung des gesamten Proletariats sein, vereint unter revolutionärem Banner. Die politischen Parteien der Arbeiterklasse sind in diesen Stunden dabei, zum Kampf aufzurufen. Soeben trifft eine Nachricht ein, die die Proklamierung des Generalkriegs meldet. Es gilt zu handeln. Natürlich nicht ziellos oder verzerzt auf einzelnen Ort, sondern planmäßig, einheitlich und geschlossen auf der ganzen Linie, entsprechend der Parole, die von den Trägern der Bewegung u. a. das Proletariat ergeht. Bei diesen Kämpfen, deren Ernst und Schwere nicht unterschätzt werden darf, muß sich jeder Arbeiter darüber klar sein, daß er persönlich alles einzusehen hat. ... Tretet ein in die geschlossene Kampfesfront des Proletariats! Kämpft unter revolutionärem Banner gegen die Reaktion! Für den Sozialismus! Zeigt euch als Avantgarde des kämpfenden Proletariats! Steht überall in vorderster Reihe! Euch ruft die Pflicht!“

Damals rief die Stunde zur Gesamtkraft, es mußte gehandelt werden. Ähnlich lassen sich solche gegebenen Situationen nicht schaffen. Das deutsche Proletariat stand in der besten Zeit mehr wie einmal in historischer Stunde. Sie wird wiederkehren. Rufen wir, damit diese Stunde das Proletariat bereit findet; nicht zerfallen am Boden liegend, sondern kräftig und bereit, um in geschlossener Kampfesfront seinen historischen Aufgaben gerecht zu werden.

Die in Nr. 14 der M.-Z. begonnene Abhandlung war ursprünglich dazu bestimmt, nur die größten Angriffe zurückzuweisen, die in letzter Zeit gegen uns gerichtet wurden. Doch die Zeilen sind in der Behandlung des Stoffes etwas über ihren beabsichtigten Umfang hinausgewachsen. Machen sie trotzdem in keiner Weise Anspruch auf eine erschöpfende Behandlung des gegebenen Stoffes, so tragen sie doch viel dazu bei, das Verhandlungsleben zu befruchten und einer sachlichen Aussprache unserer Zeitprobleme die Wege zu ebnen. Das wäre im Interesse unserer Organisation nur zu begrüßen.

Reichskonferenz der Eisenbahnerwerkstättenarbeiter

(Schluß.)

Aussprache über die Referate.

Wöring (Köln): Die Westfälischen Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß die Metallarbeiter in den Eisenbahnerwerkstätten in den D.M.W. gehören. Das Vertragsverhältnis von 1916 ist seit Jahren veraltet. Die Metallarbeiter werden ohne Abmeldung vom D.M.W. übernommen. (Zuruf: In anderen Orten auch.) Die Verhältnisse im Gebirgsverfahren erfordern es, daß die Metallarbeiter im D.M.W. bleiben müssen.

Reinsorge (Kassel): Es hätten schon längst Schritte getan werden müssen, um den Übergang des D.M.W. entgegenzuwirken.

Hier eine tatsächliche Ungerechtigkeit vorliegt, wird man im Interesse der Arbeitgeber ebenso wie der Arbeitnehmer die Erweiterung des Schutzes erwünschten. Durch sorgfältige Auswahl wird man dann einesteils für bestimmte Betriebe nur geeignete Leute anstellen und andernteils die Unzufriedenheit der durch Gewerkschaften ernüchterten Arbeiter aus der Welt schaffen.

Die Betriebsunfälle sind ungeheuer mannigfaltig. Verbrennen und Verbrühen durch Feuer, heiße Flüssigkeiten oder Dämpfe, Abwürgen durch Säuren und Laugen, Verbrennungen der mannigfaltigsten Art, Quetschungen und Knochenbrüche durch Fall, Sturz, Überfahren, Sineingegeraten in Maschinen aller Art, Explosionen, akute Gasvergiftung mannigfacher Art bilden die häufigsten Ursachen der Betriebsunfälle, ohne daß damit auch nur annähernd ihre Kennzeichnung erschöpfend ist. Die zentralen Ursachen dieser Unfälle sind teilweise in ungeeigneten Arbeitsstätten und Betriebsbedingungen, im Mangel an Schutzvorrichtungen und ungenügenden Anweisungen durch die Betriebsleiter und Werkführer zu suchen, teilweise in der Einstellung ungeeigneter und unerfahrener Leute, zum andern Teil auch in fahrlässiger, selten böswilliger Nichtbeachtung vorhandener Schutzvorrichtungen oder Überwinden derselben gegen die erlassenen Vorschriften zu suchen. Die Zahl und Art der Unfälle ist also unbegrenzt. Darum ist zur Verhütung von Unfällen durch zweckmäßige Einrichtungen der Arbeitsstätten gezielte Vorbeugung notwendig, damit die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Von einer guten Schutzvorrichtung verlangt man zumeist, daß sie die Gefahr des Betriebes vollständig beseitigt, zweitens aber die Betriebsgeschwindigkeit nicht nennenswert vermindert, drittens — und auch das ist sehr wichtig —, daß sie für den Arbeiter unentferntbar ist. So sehr aber auch weiter durch technische Einrichtungen und gezielte Vorbeugung die mannigfachen Gefährdungen des Arbeiters vermindert werden sollen, ohne die ernste Mitarbeit, ohne den guten Willen der Beteiligten selbst läßt sich eine erfolgreiche Gewerbebetriebe nicht durchführen. Daran muß der Arbeiter selbst in erster Linie interessiert sein.

Der Verband hat sich widerstandslos beiseite drängen lassen. Es ist notwendig, eine besondere Stelle im Vorstand zu schaffen, die sich der Eisenbahnerwerkstättenarbeiter zu widmen hat. So soll zum Beispiel die geplante Eisenbahnerwerkstätten in Kassel nur mit Mitgliedern des D.M.W. besetzt werden, was eine unverantwortliche Zurücksetzung der Eisenbahnerwerkstättenarbeiter, die im D.M.W. organisiert sind, bedeutet. Böhm (Darmstadt): Eine Verfügung der Eisenbahndirektion lautet, den Arbeitern in Bezug auf ihre Organisationszugehörigkeit keine Schwierigkeiten zu machen. Es ist aber nicht davon zu spüren, daß dieselbe vom D.M.W. beachtet würde. Wer aus der Privatindustrie als Facharbeiter in die Eisenbahnerwerkstätten kommt, ist einfach über die rückständigen Arbeitsmethoden in den Eisenbahnerwerkstätten erstaunt.

Kittler (Berlin): Wir müssen versuchen, zum D.M.W. in eine Art Arbeitsgemeinschaft zu treten. Die Verhältnisse (Arbeit usw.) in Eisenbahnerbetrieben zwischen Werkstättenarbeitern und Werkstättenpersonal sind grundverschieden. Bei den Tarifabschlüssen sind die Eisenbahnerwerkstättenarbeiter nicht genügend berücksichtigt worden. Die Einziehung der Facharbeiter in die verschiedenen Lohnklassen erfolgt durch verunklärte Bürokraten, die von der praktischen Arbeit in der Werkstatt keine Ahnung haben.

Meisterfeld (Kassel): Große Mißstände herrschen im Gebirgsverfahren. Die Differenz im Gehalt in Bezug auf Arbeitsstunden sind oft so groß, daß von einer Sachkenntnis bei Festsetzung der Gehälter gar nicht die Rede sein kann.

Sinkenberg (Düren): Der D.M.W. hätte es manchmal in der Hand, eine Umgruppierung in den einzelnen Lohnklassen zugunsten der Arbeiter vorzunehmen, aber am guten Willen hat er es fehlen lassen. Deshalb ist es auch nicht zu verwundern, wenn ganze Ortsgruppen, die bei Abschluß des Vertrages 1916 in den D.M.W. übergetreten sind, wieder in den Metallarbeiter-Verband zurückkehren wollen.

Karenberg (Opladen): Die Eingruppierung in die Lohnklassen ist oft sehr ungerecht. Schweißer, die schwere qualifizierte Arbeit verrichten, aber nicht gelernter Facharbeiter sind und als solche kein Zeugnis haben, sind in Lohngruppe V, während Facharbeiter, die von den Schweißern erst angeleitet wurden, in einer höheren Lohnklasse rangieren.

Böhm (Neumünster): Der neue Tarifvertrag bringt keine Verbesserungen. Der D.M.W. hat als führende Organisation in Bezug auf das Gebirgsverfahren nicht die notwendige Initiative entfaltet. Die fachverständigen Vertreter des D.M.W. waren aber bei den Verhandlungen ausgeschaltet.

Wesermann (Köln): Im Tarifvertrag sind in Bezug auf die Arbeitszeit sogar Verschlechterungen zu verzeichnen, und zwar durch die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche. Wir hatten in Karlsruhe den freien Samstagnachmittag, der uns nun aber genommen ist. Wenn wir unsere Rechte als Metallarbeiter wahrnehmen wollten, haben wir immer Differenzen mit dem D.M.W. gehabt.

Wohlfahrt (Stuttgart): Die Metallarbeiter als Facharbeiter gehören nicht in den D.M.W. Die Befolgungsvorlagen, die fortwährend den D.M.W. beschäftigen, sind nicht maßgebend und zeitgemäß für Facharbeiter. Für dieselben muß der Weg freigemacht werden vom Sozialtarif zum Leistungstarif. Die Verhältnisse bei der Vergütung der Arbeit sind oft haarträubend. Bezirke, die den vorchristlichen Proletariat an Reparaturen an Waggons und Lokomotiven verfertigt haben, bekommen keine Aufträge mehr, obwohl noch genug reparaturbedürftiges Material vorhanden ist. Der Wagenmangel, der so belästigt für den Aufstieg unserer Wirtschaft wirkt, könnte durch Vornahme weiterer Reparaturen sehr wohl vermindert werden. Das Gebirgsverfahren ist mittelalterlich. Eine Beseitigung der rückständigen Bürokratie und entsprechende Änderung der Arbeitsmethoden würde wesentlich dazu beitragen, das vielfache Mißlingen des D.M.W. immer den Arbeitern wegen der Unproduktivität der Staatswerkstätten in die Schuhe geschoben wird, zu beheben. Aber um das zu erreichen, ist es notwendig, zu den Verhandlungen alle zuständigen Organisationen auszulassen.

Walbes (Köln): Ein Teil der zum D.M.W. übergetretenen Kollegen drängt wieder zum D.M.W. zurück.

Sippler (Danzig): Dem D.M.W. fehlen die geeigneten Kräfte, die Arbeiter wirksam zu vertreten, und deshalb ist es recht bedauerlich, daß man versucht, die alten Kollegen des D.M.W. beiseite zu drängen.

Liebe (Dresden): In den Betriebswerkstätten Schachs hat die Agitation des D.M.W. gerabau zersetzend für die Organisation gewirkt. So ist zu verzeichnen, daß in den Eisenbahnerwerkstätten Zwoldaus früher 1754 organisierte Arbeiter vorhanden waren. Gegenwärtig ist das Verhältnis 900 D.M.W., 200 D.M.W. und 600 Arbeiterunionisten. Der Zutritt zu den Betriebsversammlungen wird unseren Kollegen verweigert, nur Mitglieder des D.M.W. haben Zutritt. Wir müssen versuchen, unsern Einfluß wieder zugunsten der Metallarbeiter geltend zu machen. Das Bestreben des D.M.W. geht jetzt auch dahin, die Privatindustrie für Eisenbahnbedarf für sich zu erlangen.

Friedrich (Meiningen): Auch in der Befragungsfrage hat der D.M.W. versagt. Das Verhalten des D.M.W. bei den Betriebsratswahlen war hinterhältig. Man bot dem D.M.W. eine gemeinsame Liste an und hatte bereits eine eigene Liste fertig aufgestellt. Es ist oft kein Wunder, wenn die Staatswerkstätten der Privatindustrie gegenüber nicht konkurrenzfähig sind.

Loge (Frankfurt a. d. Oder): Wenn die Kollegen sehen, daß der D.M.W. ihre Interessen energig wahrnimmt, werden sie gar nicht zu bedauern sein, in den D.M.W. überzutreten, sondern in unseren Reihen bleiben resp. wieder zum D.M.W. zurückkehren.

Dziura (Gleiwitz): Der D.M.W. hat im letzten Jahre in unserem Gebiet erheblich an Mitgliedern verloren. Der D.M.W. genießt das größte Vertrauen der Arbeiterklasse. Bei den letzten Betriebsratswahlen erhielt der D.M.W. 6 und der D.M.W. 3 Sitze. Die Verwaltung der Betriebswerkstätten ist rückständig und schuld an dem Mißlingen des D.M.W. So kaufte die Verwaltung Gleiwitz für zehn Jahre Chamottesteine, die heute bedeutend billiger als beim Einkauf sind.

Liebert (Schneidemühl): Die Kollegen Schneidemühl, 300 gut organisierte Metallarbeiter, sehen dem D.M.W. Widerstand entgegen und so gelang es ihnen, sich durchzusetzen. Eine Denkschrift über das gesammelte Material müßte ausgearbeitet werden, um die rückständigen Verwaltungen endlich einmal besitzigen zu können.

Freyer (Frankfurt a. M.): Die Anregung, das Material zu einer Denkschrift zu verarbeiten, muß unterstützt werden, um mit Hilfe der Öffentlichkeit auf die Rückständigkeit der Eisenbahnerwerkstätten einzuwirken zu können.

Reisende (Hannover): Das Verhältnis zum D.M.W. war bei uns immer ein leidlich gutes. Die Kollegen im D.M.W. haben sich auch in den Ausschüssen durchgesetzt. Aber das Verhalten des Vorstandes des D.M.W. braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn man das Mißschreiben betrachtet, das der Vorstand des D.M.W. am 14. November 1919 verfaßte. Damals fehlten die Verhandlungen über den Tarifvertrag ein. Das Mißschreiben sagt u. a. folgendes:

... Minister Oster erklärte in einem Exposé an das Staatsministerium, daß auch das Rheinlandische Gewerkschaftsstatut (Arbeitsgemeinschaft) als Vertragskontrahent zugezogen werden müsse, und nachdem der Reichsarbeitsminister in diesem Sinne ein Gutachten abgegeben hat, stimmte auch das Staatsministerium zu, da die Verwaltung des Gewerkschaftsstatuts einen Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit bedeute. Bei unseren Bemühungen, die Verhandlungen in Fluß zu bringen, und bei unserm Vorkostellwerden in den Ministerien erlangten wir Kenntnis von der Sache. Alle Versuche, die maßgebenden Stellen umzustimmen, scheiterten und wir müssen einen Ausweg suchen. Nach Lage der Dinge werden wir dem Gewerkschaftsstatut bei den Tarifverhandlungen einen Verbündeten zusetzen, der jedoch offiziell als Vertreter des D.M.W. in Erscheinung tritt.

Nun ist uns in letzter Stunde noch eine weitere, neue Schwierigkeit entstanden. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tritt in Erscheinung und verlangt, daß der Verband zu den Tarifverhandlungen hinzugezogen wird. Ein Eingehen darauf würde natürlich zur Folge haben, daß eine Reihe weiterer Organisationen mit dem gleichen Ansinnen kommen würde. Es ist klar, daß dadurch nicht nur ein Abschluß des Vertrages gefährdet wird (?),

sondern daß auch andere Weiterungen entstehen könnten (?), auf die im einzelnen hier nicht eingegangen werden kann.

Wir schenken das deshalb entschieden und unter allen Umständen ab und sind gewillt, eher den Tarifvertrag scheitern zu lassen, was natürlich die sofortige Einreichung einer entsprechenden Lohnforderung zur Folge hätte. Dem Metallarbeiter-Verband haben wir mitgeteilt, daß er keine anerkannte Eisenbahnerorganisation ist, an den Lohnverhandlungen nicht teilgenommen hat und als Vertragskontrahent nicht in Frage kommen kann, jedoch sind wir bereit, seine Mitglieder mitzuwerten u. ihre Wünsche möglichst zu berücksichtigen.

Kollegen, aus Vorstehendem ist klar zu ersehen, mit welchen Gemütsnöten die Verbandsleitung zu kämpfen hat (!), die noch genährt und vergrößert werden durch allerlei Märchen, die da zirkulieren. Unsere Mitglieder können die volle Überzeugung haben, daß der Verbandsvorstand auf dem Posten ist, daß er das ungeschmälerte Vertrauen aller Kollegen verdient. Mit Energie und Eifer in der gebotenen Beachtung der vorhandenen Schwierigkeiten und in Berücksichtigung der traurigen Lage der Eisenbahner setzt er alles ein, was geeignet ist, unsere Sache zu fördern. Sobald wir die Bahn frei haben (!) für die Tarifverhandlungen, wird unsere Verhandlungskommission zusammenzutreten usw.“

Ein Kommentar zu diesem Mißschreiben ist wohl überflüssig. Wenn die Produktivität der Eisenbahnerwerkstätten gehoben werden soll, müssen Fachleute aus der Privatindustrie in die Verwaltung herangezogen werden. Das scheitert aber wieder an den starren Befolgungsvorlagen der Staatswerkstätten.

Palkisch (Dresden): Die Agitationsweise des D.M.W. ist oft in der unschönsten Art betrieben worden.

Funk (Stendal): Die Stilllegung der Werkstätten erfolgte seinerzeit in der Hauptsache aus dem Grunde, um militärische Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen. Deshalb ist das Vorgehen des D.M.W. auch unbegründlich, frei organisierte Arbeiter von allen Verhandlungen auszuschließen, aber die Christlichen, Kirche und Gelben als Vertragskontrahenten anzuerkennen, die die wirkliche Gefahr für die freien Gewerkschaften bilden.

Schäfer (Osnabrück): Der Weg der Einigung muß mit dem D.M.W. gefunden werden, um gemeinsam die Interessen der beteiligten Arbeiter wahrnehmen zu können. Die Mitglieder des D.M.W. zur Zusammenfassung der Betriebsräte für die Eisenbahner lassen allerdings nicht darauf schließen, daß auch der D.M.W. von diesem Willen befehle ist. In den Betriebsrätemitgliedern der Eisenbahner, herausgegeben vom Vorstand des D.M.W. Nr. 1 ist im § 6 folgendes zu lesen:

Zur Teilnahme an der Vollversammlung sind nur die Betriebsratsmitglieder berechtigt, die sich durch Ausweisakte und Mitgliedsbuch des D.M.W. legitimieren. Die Ausweisakten werden von der Ortsverwaltung der Ortsgruppe des D.M.W. ausgestellt und sind mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen. Die Ortsverwaltung kann zu jeder Vollversammlung der Betriebsräte Vertreter entsenden. Die Vertreter der Ortsverwaltung können sich an der Beratung beteiligen, haben aber kein Stimmrecht.

Andere Mitglieder des D.M.W. und die auf Grund von Abkommen verbundenen gewählten Betriebsratsmitglieder von anderen Gewerkschaften können auf Antrag nach Zustimmung der Ortsverwaltung und der Versammlung als Gäste teilnehmen.

Von „brüderlichem Geiste“ getragen sind solche Festlegungen allerdings nicht, aber wir werden trotzdem versuchen, auf lokalem Wege mit den Kollegen im D.M.W. weiter zu verkehren.

Söhle (Breslau) schildert ebenfalls die Praktiken des D.M.W. und fordert den Vorstand des D.M.W. zu energischem Vorgehen auf. Richter (Dessau): Wenn der Vorstand unseren Wünschen nachkommt, das Material über das Gebirgsverfahren aufzustellen, dann werden wir einen Schritt weiterkommen auf dem Wege zur Beseitigung des Gebirgsverfahrens überhaupt und einem gesunden Lohnsystem bezug frei machen.

Eder (Stuttgart): Dem Verkehrsbande müssen wir die größte Aufmerksamkeit entgegenbringen. Redner weist auf den ungerechten Zustand hin, daß es bei der Einräumung nach Ortsgruppen vorkommt, daß die Beamten in einer höheren Ortsgruppe sind als die Arbeiter. So auch in Stuttgart.

Fischer (Braunschweig): Wenn der Verkehrsband seine Organisation unter Ausschaltung unserer Organisation über das Verkehrspersonal und Verkehrsweisen hinaus erstrecken will, das nur für uns zuständig sein darf, so müssen wir dem mit aller Entschiedenheit entgegenwirken. Die Interessenvertretung der Eisenbahnerwerkstättenarbeiter ist der D.M.W. Das Gebirgsverfahren muß beseitigt werden.

Bernard (Frankfurt a. M.), Schlußwort: Alle Kollegen haben die Notwendigkeit der Beseitigung des gegenwärtigen Lohnungssystems betont. Als wichtige Aufgabe müssen es auch die Betriebsräte für die Zukunft betrachten, die Waggons, Lager usw. zu revidieren, um zu erfahren, wieviel wertvolles oder auch wertloses Material vorhanden ist und unbenuzt daliegt und dazu beiträgt, das Defizit des Eisenbahnetats zu vergrößern. Die Hauptforderung ist bei Tarifverhandlungen mitzuwirken.

Dihmann (Schlußwort): Die verschiedenen Redner haben uns Recht betont, daß die Auseinandersetzungen mit dem D.M.W. auf sachlicher Grundlage zu führen sind. Das muß als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Auf keinen Fall darf ein Mitglied den freien Gewerkschaften verloren gehen. Es ist bedauerlich, wenn heute die Kollegen aus verschiedenen Gebieten des Reichs berichten müßten, daß die Mitgliederzahl des D.M.W. zugunsten des D.M.W. zurückgegangen ist. Wir müssen die Gegner der freien Gewerkschaftsbewegung entschieden bekämpfen und ihnen Schülter an Schülter mit dem D.M.W. entgegenstellen. Wir beanspruchen unser Recht in dem Eisenbahnerwerkstätten. Das nach dem bisherigen Vorgehen des D.M.W. zu erwartenden Auseinandersetzungen sollen von unserer Seite so geführt werden, daß nicht die Gegner der freien Gewerkschaften die lachenden Dritten sind. Wenn heute von allen Seiten betont wurde, daß der Vorstand des D.M.W. gegenüber dem Vorgehen des D.M.W. so lange zugehört habe, so sei bemerkt, daß es die Mühseligkeiten der jungen Organisation des D.M.W. und dessen Gegner waren, die uns bisher jene Zurückhaltung üben ließen. Die heutigen Verhandlungen müssen den Weg für die Zukunft ebnen. Das gesamte Material wird der Vorstand bearbeiten und anwenden, nicht nur im Interesse der im D.M.W. organisierten Arbeiter, sondern im Interesse der Gesamtheit, um mitzuwirken, die Schäden abzustellen, an denen unsere Staatswerkstätten — und nicht zuletzt die Eisenbahnverwaltung — kranken. Auch dem Verkehrsband gegenüber werden wir die größte Aufmerksamkeit walten lassen. Wir selbst haben es sehr oft betont und auch bewiesen, daß wir Anhänger des Fabrikvertrages sind. Nicht der Arbeitgeber ist entscheidend, sondern die zusammenhängenden Industrieunternehmen, gleich ob Privatindustrie oder Staat. An uns gelangenden Übertrittsgesuchen von Kollegen aus den Eisenbahnerwerkstätten werden wir stattgeben. Die früheren Mitgliedschaft wird dabei angerechnet werden. Die alten Kollegen sind 1916 auf unser Verlangen aus unseren Reihen geschieden, in dem Grundförm des D.M.W. zu bilden. Sie haben dort ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllt. Wenn sie jetzt in unsere Reihen zurückkehren wollen, können wir ihnen die Mitgliedschaft nicht verweigern. Bezeichnend ist das, was die Kollegen von Hannover und Osnabrück hier mitgeteilt haben. Es kennzeichnet den Standpunkt des Vorstandes des D.M.W. gegenüber unserer Forderung als Mißkontrahent und der Entziehung der tätigen Kollegen des D.M.W. Es ist tief bedauerlich, daß der Vorstand einer freien Gewerkschaft so handelt, wie es in diesen Fällen dem D.M.W. geschehen ist. Wenn die Kollegen weiter arbeiten in dem Sinne, wie er heute einmütig auf der Konferenz zum Ausdruck kam, dann wird die Konferenz befruchtend wirken im Interesse aller Kollegen. (Beifall.)

Die vom Kollegen Dihmann am Schluß seines Referats verlesene Resolution wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Kassel (Vergütung der Aufträge an die Privatindustrie).

Die Konferenz schreitet nach zur Wahl eines Mitgliedes für den Reichsbeirat der Betriebsräte. Es wird dabei festgestellt, daß von den 37 anwesenden Delegierten 20 als Betriebsräte tätig sind. Als Reichsbeiratsmitglied wird der Kollege Reisede (Hannover) gewählt.

